

Wiener Dampfboot.

№ 38.

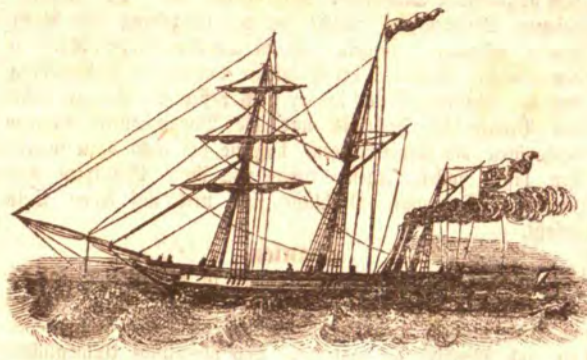
1875.

Sonntag,

den 14. Februar.

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme
der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 3 Mark,
mit Botenkosten sowie bei allen Postanstalten
3 1/2 Mark.
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum
einer Corpus-Spaltheile von Abonnenten
mit 15 R.-Pf., von Nicht-Abonnenten
und Auswärtigen mit 20 R.-Pf. berechnet.
Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer be-
stimmt, sind spätestens bis Nachmittag
2 Uhr einzuliefern.
Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

Donnerstag, den 18. Februar, Nachm. 4 Uhr, Sitzung der Stadtverordneten.

Zum Vortrage kommen: Revisions-Protokolle der
Städtischen Kassen; Antrag des hiesigen Kreistags um Auf-
hebung des Jahrmarkts; Antrag des Magistrats zu constati-
ren, daß die Einnahmen der hiesigen reformirten Kirchen-
Armen-Kasse rein kirchlichen Charakters sind; Einladung des
Schulinspectors Herrn Dr. Hinzl zu den Prüfungen in
den Städtischen Mittels- und Elementar-Schulen. Wahl der
Mitglieder zu der Communalsteuer-Reclamations-Commission.

Tages-Chronik.

Den 15. Vorm. 10 Uhr, Generalversammlung der
Corporation der Kaufmannschaft; Nachm. 4 Uhr, im Schützen-
hause Submission wegen Erbauung eines Orchester im
Schützengarten; Abends 8 Uhr, Versammlung des nautischen
Vereins; 8 1/4 Uhr, Versammlung des Handwerker-Vereins.

Gezereien zwischen Deutschland und Rußland.

Die ultramontanen Schund- und Schandblätter, Vapri-
sches und Wiener „Vaterland“, „Dziennik Poznanski“, der
Französische „Univers“ und andere, gefallen sich jetzt darin,
das Kriegsgespinnst recht schauerlich an die Wand zu malen in
Gestalt eines vor der Thüre lauernden Deutsch-Rußischen Kriegs.
Sie müssen irgend woher die Parole hierzu empfangen haben,
sonst geschähe es nicht so gleichmäßig und gleichartig in der Presse
und von der Tribune; denn immer noch ist uns das peinliche
Aufsehen im Gedächtnis, welches die neuerliche Aeußerung
eines der unaussprechlichen Polnisch-ultramontanen Reichstags-
abgeordneten hervorgebracht hat, es bleibe den Polen, versteht
sich auch den Ultramontanen, nichts weiter übrig als den Blick
nach Osten zu richten, von woher allein noch Hilfe und Heil
zu erwarten sei. Daß die Polen oder die Ultramontanen
irgend welche Stütze von Rußland zu erwarten hätten, läßt
sich nicht gut annehmen; so lehren uns die Erfahrungen der
Neuzeit, nach welchen sich weder Polen noch Ultramontane sonderer
Sympathie seitens der Russischen Regierung zu erfreuen haben.
Besonders was die Ultramontanen betrifft, wissen wir, daß die
Russische Regierung mit aller Enschiedenheit den Römischen
Herrschergeiz entgegentritt und wie es scheint, auch mit
mehr Glück als wir, indem nach Regierungsberichten eine sehr
große Zahl Römisch-katholischer Gemeinden zur herrschenden
Kirche übergetreten sein sollen. Wenn also Polen und Ultra-
montane Hilfe von Rußland aus erwarten, so meinen Sie
nicht direkte Hilfe, sondern indirekte durch einen Krieg zwischen
den beiden mächtigsten Staaten der Welt, wodurch dieselben
sich gegenseitig schwächen und mittelbar den ultramontanen Be-
strebungen in die Hände arbeiten sollen.

Alles nur Mögliche und Unmögliche, Dichtung und
Wahrheit wird hervorgehoben, um theils als Heilmittel gegen
Deutschland verwandt, theils als Vorboten des Krieges ge-
deutet zu werden. So zunächst die so starr und steif fest-
gehaltene Grenzsperr, welche trotz den lebhaftesten Agitationen,
Petitionen und Machinationen auch nicht im geringsten ge-
lockert worden ist. Dieses soll, wie gesagt wird, dazu dienen,
einentheils Deutsches Wesen und Deutsche Einwanderung fern
zu halten, andertheils durch fortwährende Placereien häufige
diplomatische Erörterungen herbeizuführen, die ohne eine ge-
wisse Mißstimmung bis in die höchsten Kreise zu tragen und
ohne auffällige Erkaltung in die freundschaftlichsten Beziehungen
zu bringen, niemals abgehen. Unangenehm sind diese
Placereien allerdings, weniger für den politischen wie für
den geschäftlichen und geselligen Verkehr; allein daß diese
mehr als bisweilen einen kleinen Krieg zwischen Schmuggler
und Grenzsoldaten herbeizuführen könnten, ist schwer glaublich.

Nun können freilich gegen alle diese schwarzen herischen
Kriegsprophezeiungen die persönlichen Freundschaftsbeziehungen
zwischen dem Caren und Kaiser Wilhelm geltend gemacht
werden, in gleichen auch die politischen Abmachungen auf den
Dreikaiserzusammenkünften, von denen doch Manches über
freundnachbarliche Beziehungen in die Oeffentlichkeit gedrungen
ist. Da werden denn andere Mythen und Truggebilde
aus dem Reiche der Volkstheorie hervorgezogen und als An-
zeichen ferner Kriegsdrohung hingestellt — die deutschfeindliche
Gesinnung des Thronfolgers. Aus der Kumpelkammer ver-
gangener und vergeffener politischer Mythen wird eine Aeußerung
des Thronfolgers an's Licht gebracht, von der es überhaupt zweifel-
haft ist, ob er sie jemals gethan, und wenn auch, ob in
dieser Weise gethan, dahin lautend: „Meine Vorfahren be-
freiten Rußland von den Tartaren, mein Vater von der
Leibeigenschaft, ich aber werde Rußland von den Deutschen

befreien“. Wir halten die Mythe von der deutsch-feindlichen
Gesinnung des Russischen Thronfolgers für eine Erfindung
einer panslavistischen Partei, die sich längst überlebt hat und
selbst kaum mehr denn als Mythe im Gedächtnisse der politi-
schen Welt fortlebt. Aber angenommen es sei dies keine
Mythe, so weiß doch ein jeder einsichtige welt- und geschichts-
kundige Politiker, daß die thatsächlichen Verhältnisse und Be-
ziehungen der Staaten viel mächtiger sind als Könige und
Kaiser, geschweige denn als Thronfolger.

Vor Allem aber wird als Vorzeichen und Motiv zu dem
künftigen Kriege „das beleidigte Nationalgefühl eines großen
Volkes“ und dessen Selbsterhaltungstrieb, sowie die schon öfters
zu Tage getretenen Bestrebungen der Russen „die Last der ihnen
aufgebürdeten Deutschen Regierungen abzuschütteln“ hingestellt.
Der Sturm, — heißt es weiter in dem betreffenden Artikel,
der vom Wiener „Vaterland“ aus, seinen Weg in die gesammte
ultramontane Presse gefunden hat, — drohe jeden Augenblick
loszubrechen. Langverhaltener Grimm wolle sich Bahn er-
zwingen und „das Schicksal scheine es zu wollen“, daß ein
solcher Regierungswechsel eintrete, um die Macht und den
Einfluß der Deutschen zu brechen. Diese tauchten sich gelegent-
lich wohl Russisch um aber „hängen wie Ketten aneinander“,
wenn es sich um Schädigung der echten Russen handle. Sie
verstünden es, alle einflussreichen Stellen in den Saß zu
stecken. Zu den „Sinicuren“ in den wissenschaftlichen Anstalten
gelange kein echter Russe mehr. In der Akademie der Wissen-
schaften treffe man nur auf Deutsche. Man habe immer zu
kämpfen gegen „Preussische Abenteuer, die sich auf Russische
Lehrstühle drängen“ — „Abenteuer auf Lehrstühlen,
sonderbare Schwärmerie“. Ganze Eisenbahnstrecken, ferne
Strecken unter Preussischen Ingenieuren und Verkehrsbeamten.
Es gäbe keinen einzigen Russischen Apotheker im Lande, und
die Russischen Patienten müßten sich — schrecklich anzuhören!
— Deutsch curiren lassen. Daher komme denn auch der neu-
liche Russische Kulturkrawall auf der medicinischen Akademie
und der Haß der Studentenschaft gegen „den Preussischen Juden
Zion“ — Merkwürdigerweise ist aber eben dieser Jude Zion
keines Stockrusse und seiner freundschaftlichen Gesinnung
wegen bei den Studenten verhaßt. — Habe doch der aller-
dings verdienstvolle Professor Gräber schon einmal sich
nur dadurch vor dem jungen Rußland retten können, daß er
nachweisen konnte, er sei kein Preuße, sondern heiße Wenzel
und stamme aus Prag!

Das Alles scheint auf den ersten Blick nicht mehr eine Brod-
neid-Lamentation und zwar eine sehr klägliche zu sein, allein
sieht man die Methode und die Haß, womit die ultramontanen
Organe sich der Sache bemächtigen, so erkennt man sofort, es
ist dieses eine geplante Sez-Epistel, wodurch zwei benachbarte
und befreundete Nationen, die in ihrem Handels-Wissen-
schafts- und Lebensverkehr auf einander angewiesen sind, gegen
einander in Haß aufgestachelt werden sollen, und zwar was
das schlimmste ist von einem beiderseitigen Feinde, der nichts
sehnlicher wünscht und will, als daß sie sich gegenseitig zer-
fleischen, um ungestörter sein eigenes selbststüchtiges Gellüste
verfolgen zu können.

Ein Krieg Preußens und Rußlands liegt nach unserem
Dafürhalten außerhalb des Bereiches aller nächsten Kriegs-
besürchungen. Rußland hat nach uns hin sich deshalb so fest
abgeschlossen, um anzuzeigen, daß es nach dieser Seite gar
nicht zu Hause, sondern auf der Wanderschaft immer weiter
nach Osten begriffen sei. Der politische Zug jenseits des
Grenzgebirges geht unaufhaltsam nach Osten, aber diesseits
der Grenzschleife sehen wir die Strömung mehr nach Westen
hinneigend. Nun ist freilich die Erde eine Kugel; auch ver-
möge dieser entgegengesetzten Strömung müssen Völker sich end-
lich begegnen und vielleicht aufeinander plagen; möglicherweise
ist das nun auch über kurz oder lang der Fall —
zwischen Rußland und England, aber nicht zwischen Rußland
und Deutschland.

Deutsches Reich.

△ Berlin, 11. Februar. Die heute von der „Ger-
mania“ veröffentlichte Kollektivklärung des gesammten Deut-
schen Episcopats gegen die bekannte Papstwahldepesche des
Fürsten Bismarck beschränkt sich im Wesentlichen auf eine
Definition der vatikanischen Beschlüsse, die nach der Meinung
der Kirchenfürsten vom Reichskanzler gänzlich falsch verstanden
worden. In eine Polemik über diesen Gegenstand nochmals
einzutreten, wird wohl nur Wenigen ersprießlich scheinen, wenn
man sieht, daß die bischöflichen Debuktionen sich auf einem
gänzlich anderen Boden bewegen, als die auf staatlicher Seite
maßgebenden Argumente. Der Widerspruch der Bischöfe ge-

gen die Behauptung, daß der Römische Papst durch das
Vatikanum zu einem absoluten Herrscher der Kirche geworden,
stützt auf der eigenthümlichen Voraussetzung, daß die Kirchen-
verfassung ebenso wohl wie der Episcopat auf göttlicher An-
ordnung beruhe und von keinem Papste abzuändern sei. Es
wird kaum einer tieferen geschichtlichen Untersuchung bedürfen,
um nachzuweisen, wie die Päpste im Laufe der Jahrhunderte
nach Gutdünken mit den Einrichtungen der Kirche gehandelt
haben, auch wenn sich dafür in den meisten Fällen eine
Interpretation des kanonischen Rechts finden ließ. Den
Streit über die durch das Vatikanum hervorgerufene Un-
selbständigkeit der Bischöfe verlegen die Letzteren auf das
subjektive Gebiet, während der Reichskanzler an die objektiven
Merkmale der neuen Situation anknüpft. Die Bischöfe be-
haupten, daß der Befehl des Obern sie nicht von der eigen-
nen Verantwortlichkeit entbinde, während der Schwerpunkt
der ganzen Frage in dem Umstande liegt, daß die neue Macht-
vollkommenheit des Papstes jeden wirksamen Widerspruch des
Untergebenen ausschließt. Das ganze Schriftstück soll weniger
dazu dienen, den vom Fürsten Bismarck in Bezug auf die
künftige Papstwahl entwickelten politischen Gedanken entgegen-
zutreten, als seine angeblich falschen Anschauungen über die
Lehre der katholischen Kirche zu berichtigen. Unter den Un-
terschriften fehlen diejenigen des Grafen Ledochowski und des
Bischofs von Metz.

* Die Idee, eine eigene Provinz Berlin zu bilden, um der
dem Landtage in Betreff dieser Angelegenheit vorgelegte Ent-
wurf erfahren von Seiten Berliner Bürger sowohl, als sol-
cher der umliegenden Ortshafte in zu diesem Zweck zusammen-
berufenen Versammlungen nicht immer günstige Beurtheilung.
Dem gegenüber ist es angezeigt, nochmals die Gründe hervor-
zuheben, welche für das Projekt maßgebend gewesen sind.
In den Motiven zu dem Gesetzentwurf heißt es, daß die
Neubildung den Vortheil darbiete, die schon so schwierige
Stadtverwaltung von Berlin nicht durch Einverleibung neuer
Stadttheile noch mehr zu erschweren und außerdem die De-
centralisation der Stadtverwaltung zu fördern. Auf den letz-
ten Umstand muß das Hauptgewicht gelegt werden, er ist
das eigentlich bestimmende Moment für den Gesetzentwurf
gewesen. Niemals aber konnte ein günstiger Augenblick
zur Einleitung einer solchen Maßregel gefunden werden als
jetzt, wo die gesammte Staatsverwaltung einer vollständigen
Umwandlung unterliegt und zur Selbstverwaltung übergeht.
Schon früher war die Stadt Berlin nebst Charlottenburg
eine Zeit lang von dem Potsdamer Regierungsbezirk getrennt
und bildete einen eigenen Verwaltungsbezirk. Da aber in
jener Zeit diese Formirung zu Unzuträglichkeiten und Reibungen
zwischen den konkurirenden Behörden führte, mußte man die
Organisation wieder aufheben. Die frühere Organisation
krankte daran, daß sie bei allem Mangel an Selbstverwaltung
nur einen administrativen Werth hatte und sich in keiner
Weise an die lokalen Erfordernisse angeschlossen. Jetzt aber, da
das Prinzip der Selbstverwaltung im ganzen Staate prak-
tisch eingeführt werden soll, würde es nur zu den größten
Unzuträglichkeiten führen, wenn man ein so großes hoch ent-
wickeltes Gemeinwesen einer Provinzialvertretung unterwerfen
wollte, welche an Bedeutung weit hinter ihm zurücksteht und
in politischer und wirtschaftlicher Beziehung ganz andere
Aufgaben zu verfolgen hat.

* „Die Volkskraft Deutschlands und Frankreichs“ ist der
Titel einer kleinen Broschüre, welche Hr. v. Firds, Mit-
glied des Königlich Preussischen statistischen Bureaus, soeben
veröffentlicht. Der Verfasser, welcher sich schon durch seine
Statistik der Offensiv- und Defensivmacht aller continentalen
Staaten einen Namen gemacht hat, kommt in seiner neuesten
Schrift zu dem Resultat, daß die Bevölkerungen Frankreichs
und Preußens bei gleicher Fortbewegung nach 20 Jahren
numerisch gleich sein werden. Schon seit längerer Zeit ist
selbst von Französischen Statistikern konstatiert worden, daß
Frankreichs Bevölkerung unter allen Europäischen Staaten sich
am wenigsten vermehre, in den letzten Jahren hat sich aber
sogar eine Verminderung herausgestellt. In überzeugender
Weise weist Firds nach, daß unter denselben Verhältnissen
Deutschland nach 30 Jahren, immer von 1872 an gerechnet,
(1902) genau doppelt so viele Einwohner, als das ziemlich
eben so große Frankreich haben werde. Bei den Hoffnungen,
welche Frankreich auf einen Nachkrieg setzt, ist es jedenfalls
verdienstlich die Franzosen an der Hand von Zahlen aus ge-
wissen Illusionen herauszureißen, in denen sie sich bezüglich
ihrer Vertheidigungskraft bewegen.

Weimar, 10. Februar. Wie es scheint, legt die
Social-Demokratie ein besonderes Gewicht darauf, in Eisenach

Provinziales.

[Provinzialfonds.] Der Kreisausschuss des Kreises Bögen läßt eine Petition in sämtlichen Kreisen der Provinz Preußen circuliren...

Die Tilsit. Zum Verkehr auf dem Memelstrom schreibt die „Tilf Stg.“ Auf der Memel hat sich in Folge des anhaltenden Frostes ein lebhafter Verkehr entwickelt.

Königsberg. Ueber eine interessante Erkennungsscene, welche sich dieser Tage auf dem Maskenball im hiesigen Schützenhause abspielte haben wir, wird der „Pr.-L. Stg.“ berichtet.

Vocales.

r. [Theater] „Lucinde vom Theater“ ist unbedingt eine der besten neuen Gesangspossen, deren Flora ja bekanntlich gerade in der Residenz, mit erstaunlicher Fruchtbarkeit wuchert.

Wenn der Kampf aus ist, des Krieges Stimmen schwoigen und der Soldat vom rauhen, blutigen Handwerk nach der Heimath zurückgekehrt ist, dann dient es sich, und es steht ihm wohl an, sich zu erfreuen des häuslichen Glückes.

Die Verlobung ihrer Tochter Hedwig mit dem Kaufmann Herrn Herrmann Franz in Memel zeigt allen Verwandten und Bekannten statt jeder besonderen Meldung ergebenst an P. Herrmann. Kancelliräthin.

Drucken b. Prötkals, den 10. Februar 1875. Todesanzeige. Heute Abend den 12. d., 5 1/2 Uhr entschlief sanft nach langem Leiden mein lieber Mann und unser guter Vater, Schwieger- und Großvater der Kunstgärtner H. Stadie im 70. Lebensjahre.

einen schweren Versuch, ihr Loos in „Kämpfen“ gegen den mächtigen Feind, ober gegen die allmächtigen Elemente. Wenn der Seemann auf seinem Schiffe, das kommt Besatzung und Ladung seiner Hand anvertraut ist, den sichern Hafen verläßt, weiß er nicht ob er je wiederkehrt zur geliebten Heimath, zu Weib und Kind, an die Brust des Freundes.

[Polizei-Vericht.] Vom 7. bis incl. 13. d. Mts. wurden zum Polizei-Gewahrsam gebracht: wegen Bettelns 1 m., Trunkenheit 3 m., Diebstahl 3 m., Unfug 1 m., Obdachlos 4 m., 2 resp. 3 Mal, zusammen 12 Personen.

Standesamtliche Nachrichten vom 13. Februar

Geboren: Dem Polizei-Sergeanten Dack ein Sohn. Gestorben: Tischlergehilfe Heinrich Fenselau, 23 Jahre alt. Schuhmachermeister Julius Horstgall, 48 Jahre alt. Matrose Friedrich August Vartisch, 50 Jahre alt. Kunstgärtner Johann Heinrich Stabbe 69 J. alt.

Schiffs- und Handelsnachrichten. Schiffsnachrichten.

Table with columns: Schiffs- und Handelsnachrichten. Schiffsnachrichten. Includes ship names like Pomona, Diewerdina and their destinations.

Das der Adler-Linie in Hamburg gebrende Post-Dampfschiff „Leising“, Capt. Loobow, trat am 11. Februar seine erste diesjährige Reise mit Passagieren, Post und Ladung von Hamburg direkt ohne Zwischenstoppen anzulauten nach New York an.

Marktbericht.

Memel, 13. Februar. Weizen, Neuschäffel pro 95-100 Pfd. 8-8,25 Mt. Roggen, Neuschäffel pro 75-80 Pfd. 6-6,50 Mt. Gerste, Neuschäffel pro 65-70 Pfd. 5,25-6 Mt.

[Todesanzeige] Den 12. d. M., Mittags 12 Uhr, starb nach 2 tägigem Krankenlager (nachdem er ein Jahr am Beinbruch gelegen und mit Gottes Hülfe wiederhergestellt wurde) plötzlich am Herzschlage mein lieber Mann und unser guter Vater und Schwiegervater, der Seefahrer August Friedrich Vartisch, in seinem 50. Lebensjahre.

Handwerker-Verein. Montag, den 15. d., Abends 8 1/4 Uhr, im Schützenhause Verammlung. Vortrag über Meteorologie. — Fragelasten. Der Vorstand.

Ämtlicher Königsberger Börsenbericht.

Königsberg, 12. Februar. (Producten-Bericht) Weizen loco unverändert, hochunter per 1000 Stk. 133 Pfd. 176 1/2 Mt. bez., 121 Pfd. und 135/36 Pfd. 178 3/4 Mt. bez.

Spiritus-Bericht. Spiritus loco ohne Faß per 100 Litres pro 100%, Tralles und in Bollen von mindestens 5000 Litres, loco ohne Faß. 56 Mt. 50 Pf. bez.; pro Frühjahr 59 Mt. 50 Pf. bez.

Berliner Börse.

Berlin, 11. Februar. Im Anschluß an den gestrigen matten Schluß und an die wenig festen auswärtigen Nachrichten erblickte auch der heutige Verkehr schwach und erfuhr im Verlaufe des Geschäftes noch weitere Rückgänge.

Berlin, den 13. Februar.

Table with columns: Ort, Barom., Temper., Wind, Allgem. Himmelssicht. Lists weather data for various cities like Amsterdam, London, Petersburg.

Telegraphischer Wetterungsbericht

Table with columns: Ort, Barom., Temper., Wind, Allgem. Himmelssicht. Lists weather data for Memel, Helsingfors, Petersburg, Stockholm, etc.

Für den folgenden Theil ist die Redaktion nicht verantwortlich.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 15. Februar c., Vormittags 10 Uhr, findet im Bureau des Vorsteherraths die General-Versammlung der Mitglieder der hiesigen Corporation der Kaufmannschaft statt, was wir mit dem Vermerken bekannt machen, daß eine Einladung durch Currende nicht mehr erfolgen wird.

General-Versammlung

der Mitglieder der hiesigen Corporation der Kaufmannschaft statt, was wir mit dem Vermerken bekannt machen, daß eine Einladung durch Currende nicht mehr erfolgen wird. Insbesondere laden wir zu den statutenmäßig in derselben stattfindenden Wahlen sämtliche männlichen Mitglieder der Corporation hiermit ein.

Im festlich geschmückten großen Schützenhause. Sonntag, den 14. Januar c.: Café dansant. Von 3 bis 6 Uhr Concert, dann Tanz bis 10 Uhr nach Clavier.

Abgeordnetenhaus.

11. Plenarsitzung. Donnerstag, den 10. Februar. Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um 11 1/4 Uhr. Am Ministertisch die Geh. Ober-Reg.-Räthe Wohlers und Persius.

Tagesordnung: I. Forts. der ersten Beratung der Provinzialordnung und des Gesetzentwurfs betreffend die Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren.

Abg. Berger (Witten) bemerkt zunächst, daß er sich vorbehalte, auf die Ausführungen des Abg. v. Sybel zurück zu kommen; dagegen müsse er von vornweg einige Bemerkungen an die Rede des Abg. v. Gerlach knüpfen und bedauere er nur, denselben nicht an seinem Platze zu sehen. Der Herr Abg. habe sich gestern darüber beklagt, daß das Land mit einer Fluth von Gesetzen, überflutet werde. Er möchte nur einmal die Frage aufwerfen, ob Herr v. Gerlach schon einmal darüber nachgedacht, daß die Schuld hierfür lediglich der Reaktionsperiode der 50 Jahre zuzuschreiben sei, und daß er redlich dazu mitgewirkt hat, das Ministerium Manteuffel in seinen reaktionären Maßnahmen zu unterstützen. Wäre das nicht geschehen, dann hätten wir jetzt mit Ruhe und Frieden an die weitere Entwicklung unserer Gesetzgebung herantreten können. Herr Abg. Dr. Windthorst, der doch auch sich rühmt den Conservatismus zu vertreten, habe während seiner Verwaltung in Hannover seine Aufgabe als Minister anders erfüllt. Noch heute erkenne das Land dankbar an, daß Herr Windthorst dem Lande auf dem Gebiete der Verwaltung und der Justiz zeitgemäße und nützliche Gesetze gegeben. Er, Redner, betrachte es daher als eine gerechte Vergeltung, wenn Herr v. Gerlach noch in seinem hohen Alter als Mitglied dieses Hauses die Folgen der von ihm vertretenen Reaktion in so überzeugender Weise kennen lerne. Das vorliegende Gesetz sei eine Nothwendigkeit, es wäre jedoch besser gewesen, wenn der Minister in demselben von vornherein mit den Regierungen namentlich aber mit den Regierungspräsidenten ein für alle Mal ein Ende gemacht hätte. Dieselben seien hier bereits als ein notwendiges Uebel bezeichnet worden; er seinerseits wolle zwar das Substantiv zugeben, müsse sich aber gegen das Adjectivum entschieden verwahren. Die Nothwendigkeit der Vereinfachung dieses Instituts sei auch von allen Rednern anerkannt mit Ausnahme des Herrn v. Köller. Selbst Herr v. Kardorff, der ja selber einmal Regierungsassessor gewesen und deshalb gewiß ein völlig kompetentes Urtheil haben müsse, habe sich gegen die Reg.-Präsidenten ausgesprochen, so daß der Minister sich schon jetzt überzeugt haben werde, daß das Haus in diesem Punkte der Vorlage nicht bestimmen werde. Redner sucht sodann nachzuweisen, daß auch für die Rheinprovinz die Emanation einer Provinzialordnung nothwendig sei. Der Minister des Innern habe auch bereits vor 6 Jahren den Erlaß einer Kreisordnung für die betreffenden Provinzen versprochen und sei damals das Bedürfnis und die Zulässigkeit einer solchen selbst von der konservativen Partei anerkannt, die ja jetzt mit der Regierung in engster Verbindung stehe. Herr v. Sybel habe nun allerdings einen großen Verein, den „Deutschen Verein“, in der Rheinprovinz gebildet, in dem sich alle freisinnigen Elemente gegen die dortige Majorität der Klerikalen verbinden sollen, ob er sie aber auch in dieser Frage geeint, scheine sehr fraglich. Die gegenwärtige Majorität der Klerikalen am Rhein scheine den sonst so klaren Sinn des Herrn v. Sybel unnebelt zu haben, anders wenigstens könne er sich seine Stellung in dieser Frage nicht erklären. Gerade was von Seiten der liberalen Partei als wirksames Mittel zur Bekämpfung der klerikalen Bestrebungen anerkannt werde, halte Hr. v. Sybel für gefährlich. Ja, man sei sogar so weit gegangen, sich an die Regierung zu wenden und dort die Gefahren zu schildern, die aus der Einführung der Kreisordnung in die Rheinprovinz für den Staat entstehen könnten. Hr. v. Bismarck habe man so gar gesagt, jedes reichstreuere Kind würde Bravo rufen, wenn diese Gesetze nicht zur Vorlegung gelangten (Heiterkeit). Dem Hr. Dr. soll gesagt sein, daß es unmöglich sein werde, das Unterrichtsgezetbuch auf die Rheinprovinz auszudehnen, wenn die Kreisordnung dort eingeführt werden sollte, während die liberale Partei gerade in dem Unterrichtsgezet die beste Waffe zur Bekämpfung der klerikalen Partei erblicke. Hr. v. Sybel erkläre sich deshalb gegen die Einführung der Kreisordnung in Rheinland und Westfalen, weil verschiedene Bezirke dort zu klerikal seien. Nun er mache darauf aufmerksam, daß in der Provinz Preußen — ErmLand, in Schlesien — Oberschlesien in der Provinz Sachsen — das Eichsfeld dem Rheinland in klerikaler Gefinnung nicht nachstehen und die Abgeordneten aus diesen Landesheilen gewiß den Anspruch erheben, ebenio schwarz zu sein, als die Herren aus Rheinland und Westfalen (Große Heiterkeit), mit demselben Rechte hätte man somit auch diesen Landesheilen die Kreisordnung vorenthalten können. Es scheine ihm, Redner, aber, als wenn die ganzen Lamentationen des Hr. v. Sybel in seinen Deduktionen nur darauf hinausgingen, daß er bei den Wahlen in der Rheinprovinz unterlegen ist (Zustimmung im Centrum). Hr. v. Sybel habe sodann noch die dortigen Unterrichtsanstalten zur Sprache gebracht und gesagt, daß sich dieselben in einem beklagenswerthen Zustande befänden. Aber da sei es doch wohl gestattet zunächst die Frage aufzuwerfen, ist denn die Rheinprovinz an diesem Zustande schuld? Ist das nicht vielmehr die traurige Consequenz jener traurigen Zeit, an dem das ganze Land nun bereits seit länger denn 20 Jahren leidet? Und die Schuld daran trage lediglich die Partei, die es seit dieser ganzen Zeit stets darauf angelegt, einer verständlichen Communalgesetzreform Widerstand entgegen zu setzen. Herr

v. Sybel sei daher nicht berechtigt, die Rheinprovinz für diese Zustände verantwortlich zu machen. Hr. v. Sybel habe weiter davon gesprochen, daß es staatsgefährlich wäre, die Selbstverwaltung in einem Landesheile einzuführen, wo möglicherweise die Internationale des Herrn Hafenclever und Hasselmann mit einem Oberhaupt im Auslande in einigen Bezirken einmal zur Majorität gelangen könnte. Nun, Herr v. Sybel habe die Internationale genannt und die Klerikalen gemeint, er meint den Sach und schlägt den Giel (Heiterkeit). Er sehe darin indeß nichts weiter, als daß Herr v. Sybel von der Furcht vor dem schwarzen und rothen Gelpent vollkommen beherrscht werde. Womit aber seine Zeit Louis Napoleon die Bourgeois in Frankreich in Furcht zu halten gewußt, das werde in Deutschland niemals einen Boden finden. Nichts würde aber für die Klerikalen einen größeren Triumph bereiten, als wenn wir aus Furcht vor ihnen die Einführung der Kreisordnung in den westlichen Provinzen verhindern wollten (Sehr richtig.) eines größeren Erfolges würde sich Herr Windthorst nicht rühmen können, als wenn er als Bremse an unserm Reformwerk dastehen würde. (Große Heiterkeit.) Der Apell an die Furcht werde aber in Deutschen Herzen niemals Wiederhall finden (Bravo) und deshalb hoffe er, daß auch die Königl. Staatsregierung dem Drängen des Herrn v. Sybel nicht nachgeben werde. Schließlich wendet sich Redner dann noch an den Minister des Innern und erinnert ihn daran, daß es sich hier eben nur um eine Einlösung eines von ihm gegebenen förmlichen Versprechens handle. Er fordere endlich das Haus auf, der Vorlage nur unter der Bestimmung zuzustimmen, daß auch zugleich in Rheinland und Westfalen die Kreis- und Provinzialordnung eingeführt werde, andernfalls aber dieselbe abzulehnen. Das Haus möge das Beispiel des Reichstages in der Bankfrage befolgen, der die Reichsbank als conditio sine qua non bezeichnete und schließlich damit auch durchdrang. In ähnlicher Weise, wie die dortige Kommission, möge auch die für diese Vorlage zu ernennende Kommission ihre Aufgabe auffassen. (Lebh. Bravo.)

Abg. Dr. Gneist spricht für die Vorlage und wendet sich namentlich gegen die auf sofortige Vereinfachung der Regierungen gerichteten Bestrebungen. Das Publikum habe sich an die Institution einmal gewöhnt, und eine plötzliche Aenderung sei andererseits durch nichts geboten. Möglicherweise könne sich solche Umgestaltung im Laufe von 10 Jahren vollziehen; wolle man dies aber schon jetzt eintreten lassen und die gesammte Provinz unter unmittelbare Leitung des Oberpräsidenten stellen, so werde dies unmöglich sein. Redner entwickelt dann den Begriff der Selbstverwaltung, bei welcher er dem Einflusse der Staatsgewalt eine hervorragende Stellung eingeräumt wissen will. Die derselben entsprechenden Institutionen können aber nicht nach einer allgemeinen Schablone geformt werden, sie müssen vielmehr den verschiedenen gearteten Interessen Rechnung tragen. Die Verechtigung der Vertretungen zu statuarischen Bestimmungen sei unzulässig, weil die Gesetzgebung Sache des Staates sei. Die Nebereinandergestelltung des Oberpräsidenten und des Landesdirectors sei nicht zu billigen, da sie eine Zweipoligkeit in der obersten Spitze bilde, vielmehr müsse die Oberleitung in einer Hand, der des Oberpräsidenten ruhen, dem der Landesdirector als Stellvertreter zur Seite zu setzen sei. Im Allgemeinen erklärt Redner schließlich, nachdem er auch der Vorlage betreffs der Verwaltungsgerichte seine volle Anerkennung ausgesprochen, das vorliegende Gesetz für das wichtigste, das geschaffen sei, dasselbe werde allen begründeten Forderungen gerecht, es sei dasjenige, was endlich den constitutionellen Staat zu einer Wahrheit mache und das vom Freiherrn v. Stein begonnene Werk zum Abschluß bringe. Als solches möge das Haus demselben zustimmen. Bezüglich der Commission spricht Redner den Wunsch aus, daß dieselbe nicht, wie von anderer Seite gewünscht, aus möglichst vielen Personen zusammengesetzt werde.

Abg. Dr. Petri spricht für die Einführung einer Provinzial- und Gemeindeordnung in seiner heimatlichen Provinz Nassau, deren Nothwendigkeit er aus der verschiedenartigen Beschaffenheit der dortigen Organisation nachzuweisen sucht. Es sei eine solche Reform deshalb auch ein von den Bewohnern der Provinz, wie von den dortigen Behörden getheilter Wunsch, über dessen Ausführung man jedoch verschiedener Ansicht sei. Redner entwickelt nun die Gründe, welche darthun sollen, daß in der Provinz Nassau vorzugsweise der Vorden für die Entwicklung des Princips der Selbstverwaltung vorhanden sei. Indessen seien die dortigen Verhältnisse so eigenartig gestaltet, daß es ganz unmöglich sei, das Institut der Amtsvorstände dort einzuführen und das sei auch der Hauptgrund gewesen, weshalb man zu der Reform der Provinzialverfassung in der Provinz Hessen-Nassau sich nicht zustimmend verhalten habe. Redner glaubt, daß die Staatsregierung den Verhältnissen Hessen-Nassaus Rechnung tragen und bei Einführung der kommunalen Reform in dieser Beziehung nicht auf eine einheitliche Organisation bestehen werde.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen und wird nach einigen persönlichen Bemerkungen zwischen den Abg. v. Sybel, der die ihm gemachten Vorwürfe der Furcht u. s. w. entschieden zurückweist und des Abg. Berger die Vorlage an eine besondere Commission — deren Zahl vorläufig noch offen gelassen — zur Vorberatung überwiesen. Es folgt

II. Beratung des Antrages des Abg. Dr. Birchow: Die Königl. Staatsregierung aufzufordern, noch in der gegenwärtigen Session den Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen dem Landtage vorzulegen.

Abg. Berger (Witten) erklärt Namens des Antrag-

stellers, daß die Absicht des Antrages dahin gehe, daß primo loco die Kreisordnung und auch die Provinzialordnung in Rheinland und Westfalen eingeführt werde, in Bezug auf die Gemeindeordnung wolle der Antragsteller jedoch von einer Pression auf die Staatsregierung für jetzt absehen.

Abg. Lie demann: Durch die Erklärung des Vorredners sei das eigentliche Motiv seines Widerspruchs gegen den Antrag beseitigt, denn im Princip sei er mit demselben einverstanden. Er sei nur der Meinung gewesen, daß die in dem Antrage aufgeführten Gegenstände sehr wohl getrennt werden könnten und daß die Gemeindeordnung vorläufig noch auszuscheiden sei. Er, Redner, glaube aber, daß es bei Einführung der Kreis- und Provinzialordnung in der Rheinprovinz gewisser Kautelen bedürfen werde. So lange eine Partei im Preussischen Staate existire, welche ihr subjectives Ermeßen, oder correcter ausgedrückt, welche die Befehle einer kirchlichen Hierarchie höher halte, als die auf verfassungsmäßige Weise zu Stande gekommenen Gesetze (Widerspruch im Centrum), so lange könne und dürfe der Staat nicht zugeben, daß die Rechtsprechung bei den Verwaltungsgerichten nicht durch Zufall in die Hände von Männern gelegt werde, die dieser Partei angehören. Er glaube daher, daß die Staatsregierung sich deshalb das Bestätigungsrecht vorbehalten müssen, und mit diesem Vorbehalt könne er für den Antrag Birchow, soviel er sich auf die Kreis- und Provinzialordnung beziehe, stimmen.

Abg. Graf Bethuvs-Huc: Er glaube nicht, daß er in dem Rufe stehe, ein Freund der Ultramontanen zu sein, oder deren Bestrebungen unterstützen zu wollen, aber dennoch werde er sich durch die Ausführungen des Abg. Sybel nicht bestimmen lassen, gegen den Antrag zu stimmen. Dagegen sei er mit dem Vorredner damit einverstanden, daß, obgleich er kein Freund des Bestätigungsrechts sei, die Staatsregierung in den beiden Provinzen vorläufig das Recht der Bestätigung, ja der Ernennung der Ortsvorstände schwerlich werde entbehren können. Würde man sich den Ansichten des Abg. v. Sybel anschließen, dann dürfte Rheinland und Westfalen noch recht lange auf die Kreis- und Provinzialordnung warten, denn der Kampf gegen den Ultramontanismus, der ein Kampf zwischen zwei gewaltigen Ideen sei, werde nicht in einer kurzen Spanne Zeit beendet werden.

Abg. Dr. Thiel: Er werde gegen den Antrag stimmen, denn er stelle sich in dieser Frage lieber auf die Seite des Abg. v. Sybel gegen einen großen Theil seiner politischen Freunde, als auf die Seite des Abg. Berger, um den Beifall der Herren aus dem Centrum zu gewinnen (Ho! links). Er glaube, man müsse sich zunächst die Frage vorlegen, welchen Einfluß diese Maßregel auf den großen kirchlichen Kampf, in dem sich der Staat augenblicklich noch befindet, haben werde. Frage man doch die Herren im Centrum, ob sie nicht von der Einführung der Selbstverwaltung eine Stärkung in dem Kampfe gegen die Staatsregierung erhoffen; und daß sie von diesem Mittel Gebrauch machen werden, deren sei nicht zu zweifeln, denn sie halten sich hierzu sogar in ihrem Gewissen verpflichtet. Deshalb aber mache ich gerade den Gegnern dieser Partei einen Vorwurf daraus, daß sie eine so sichere Position dem Feinde gegenüber so ohne Weiteres aufgeben wollen.

Abg. Miquel: Würde man dem Vorredner folgen, so würde das nichts weiter heißen als ein Parteidogma im Lande errichten. Er kenne nur die Gemeinsamkeit vaterländischer Interessen und werde er niemals einem Ausnahmegesetz zustimmen. Er und die Mehrzahl seiner politischen Freunde würden also für den Antrag in dem Sinne stimmen, weil sie die Durchführung einer gemeinsamen Organisation durch das ganze Land wünschten.

Abg. Reichen sperger: Einen größeren Wohltäter für diejenigen Interessen, die er und seine Partei vertreten, könne er sich gar nicht denken, als Hr. v. Sybel. Wunderbarer Weise müsse er es erleben, daß ein s. g. Liberaler den Minister des Innern Grafen zu Eulenburg für einen Ultraliberalen hält, dessen lebendes Vorgehen er nicht billigen könne. Er und seine Freunde würden für den Antrag stimmen, nicht weil sie dadurch ihre kirchlich-politische Stellung zu befestigen hoffen, sondern deshalb, weil sie die Rheinpreußen nicht als Preußen zweiter Klasse behandeln zu sehen wünschten. Redner erinnert an die Worte Friedrich Wilhelm III. bei der Wiederbestimmung der Rheinprovinz, daß das Rheinland Deutsches Umland und die Vormauer Deutscher Freiheit sei.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Wenn ich den Wunsch ausspreche, daß der Antrag Birchow nicht angenommen werde möge, so geschieht dies nicht, weil ich sagen wollte, die Regierung ist gar nichts Willens, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, sondern deshalb, weil sie die Form desselben im gegenwärtigen Augenblick nicht für opportun hält. Schon neulich habe ich erklärt, daß Niemand mehr den Drang in sich hat, die kommunale Gesetzgebung, wie sie angefangen hat, weiter fortzuführen, als die Regierung selbst. Aber zur Ausführung dieses Gedankens gehört ein ernstes Studium derjenigen Landesheile, auf welche die Gesetzgebung ausgebehnt werden soll, denn wir sind weit entfernt davon, schablonenartig vorzugehen. Wir wollen vielmehr die Organisation im Großen und Ganzen so durchführen, daß gewisse Grundzüge nicht mit den Gewohnheiten der betreffenden Landesheile in Widerspruch kommen. Nun ist aber die Prüfung dieser Zustände eine außerordentlich vielfältige, tief eingreifende und seine Arbeit, die nicht in kurzer Zeit bewältigt werden kann. Ich glaube daher wir thun gut, wenn wir den Gang der Gesetzgebung vorläufig nicht schneller gehen lassen, denn ich kann Ihnen nicht garantiren, daß die gewünschten Gesetze noch in dieser

